TELEPOLIS

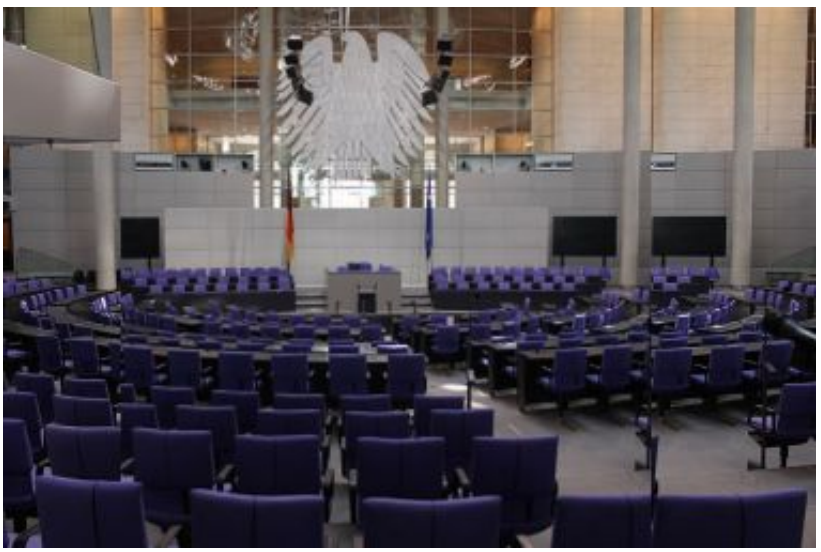
Scheindemokratie voller leerer Hülsen

Wolfgang J. Koschnick *21.01.2014*

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 8

Die entwickelte repräsentative Demokratie ist nichts als "eine Scheindemokratie im Gehäuse einer vollwertigen Demokratie." Ihre Institutionen sind leere Hülsen ohne Inhalt und ohne Substanz. Die Parlamente haben nichts zu entscheiden, was nicht an anderer Stelle und vor ihnen längst entschieden wurde. Die Wahlkämpfe sind zu bombastischen Schaukämpfen verbaler Schaumschlägerei verkommen. Selbst Parteitage - einst zentrale Orte der politischen Willensbildung und Foren der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Zukunftsfragen - sind zu nichtssagenden Veranstaltungen geworden, die unter dem Aspekt ihrer medialen Wirksamkeit durchkomponiert werden und auf denen die Parteifunktionäre vor allem für das Fernsehen paradieren.

Teil 7: Der Staat als Selbstbedienungsladen der Politik[1]



Plenarsaal des Deutschen Bundestags. Bild[1]: JesterWr/CC-BY-SA-3.0[2]

Der stereotype Vorwurf an die Berufspolitiker in den repräsentativen Demokratien lautet: Die wollen ja doch nur wiedergewählt werden und haben nichts anderes im Kopf. Und diese Kritik trifft ohne jeden Zweifel zu. Den Volksvertretern kommt es in der Tat nur noch auf ihr Mandat und die damit verknüpfte Versorgung an. Die politische Verantwortung ist ihnen erkennbar egal.

Am Mandat kleben sie auf jeden Fall, auch wenn sie nichts mehr zu entscheiden haben; denn die politische Verantwortung liegt heute sowieso bei den Staats- und Regierungsoberhäuptern, bei der Europäischen Kommission, und nicht mehr bei den nationalen Parlamenten oder gar den Landesparlamenten und auch nicht beim Europa-Parlament.

Die Parlamente sind entmachtet und haben die Macht ohne Bedenken abgegeben; denn sie sind ja gut versorgt und können komfortabel davon leben. Solange die Abgeordneten weiter ihr Geld bekommen und in ihrem sozialen Umfeld ein gutes Ansehen genießen, ist alles andere ihnen egal.

Und trotzdem ist das nur die halbe Wahrheit; denn der Drang zu Machterhalt und Machtgewinn ist ja für die politischen Parteien als Organisationen ungleich stärker als für den einzelnen Abgeordneten. Ein einzelner Abgeordneter überlebt auch, wenn er nicht wiedergewählt wird, aber eine politische Partei ist auf Gedeih und Verderb auf Wiederwahl, auf Machterhalt und Machtgewinn angewiesen. Sie ist zu nichts anderem da als dazu, Wahlen zu gewinnen. Und ihr organisatorischer Apparat richtet sich nicht nur nach außen, also darauf, sich in Wahlen zu behaupten, sondern mit mindestens gleicher Energie nach innen, also darauf, die eigenen Abgeordneten zu disziplinieren, damit die nichts anstellen, was ihren Wahlerfolg gefährden könnte.

Die politischen Parteien spielen in repräsentativen Demokratien eine so zentrale Rolle, dass man zu Recht von einem Parteienstaat spricht. Die Bundesrepublik ist ein Parteienstaat. Regierungen und Parlamente werden in Bund, Ländern, Städten und sogar den Gemeinden von den Parteien beherrscht und zusammengehalten. Ihre Absprachen bestimmen die Regierungspolitik.

Wenn es darum geht, politische Ämter zu besetzen oder politische Entscheidungen zu treffen, spielen die Parteien die vorherrschende Rolle. Sie sind die bei weitem wichtigsten Träger politischer Willensbildung. Das heißt, sie nehmen die in der Gesellschaft bestehenden partikularen Interessen auf und vermitteln sie in die politischen Entscheidungsorgane. Sie haben sich den Zugang zur Macht, zu den Ämtern und zu den Pfründen gesichert. Sie sind längst reine Herrschaftsparteien.

Alle Staatsgewalt geht von der Parteienoligarchie aus

Die politischen Parteien in den repräsentativen Demokratien wie Deutschland haben ein Monopol. Doch wenn die Staatsgewalt nicht vom Volke ausgeht, sondern von der Parteienoligarchie, ist das nicht demokratisch, sondern eine Form der - wenn auch milden - Diktatur.

Bei Parlamentswahlen können die Wähler de facto nur Kandidaten wählen, die ihnen die Parteien anbieten. Daher sitzen in den Parlamenten der Gemeinden, Kreise, Länder und des Bunds ausschließlich Mandatsträger der Parteien. Die eine oder andere Ausnahme - ein einsamer parteiloser Kandidat, der tatsächlich auch noch gewählt wurde -, die mal vorkommt, bestätigt nur die Regel.

Auch die Mitglieder der Regierungen - der Bundesregierung und der Länderregierungen - werden von den Parteien vorgeschlagen. Selbst die leitenden Kommunalbeamten werden von Mandatsträgern der Parteien gewählt. Über ihre Mandatsträger nehmen die Parteien Einfluss auf die Personalpolitik.

Staat und Parteien im Parteienstaat verschmelzen fast nahtlos miteinander.[1] In Deutschland haben sich die Parteien den Staat restlos usurpiert. Es gibt keine parteilosen Machtträger mehr im Staat. Vertreter der Parteien beherrschen alle Staatsorgane und -funktionen, ja selbst den halb- und vorstaatlichen Raum wie gemeinnützige Einrichtungen, Stadtwerke, Gerichte, öffentlich-rechtliche Rundfunksender. Sie haben den Staat unter ihre Kontrolle genommen, lassen sich überwiegend von ihm finanzieren und bezahlen mit staatlichen Geldern ihre eigene Wahlpropaganda.

Die Trennung von Staat und den Regierung und die Gewaltenteilung sind im Laufe der Jahrzehnte immer stärker verwischt, weil der Einfluss der Parteien sich wie ein Pilzgeflecht immer weiter über nahezu alle staatlichen und halbstaatlichen Institutionen ausgebreitet hat. Die Parteien beherrschen nicht nur die gesetzgebenden Körperschaften, sie üben auch den entscheidenden Einfluss auf die Wahl und Kontrolle der Regierung, sowie die Gesetzgebung selbst aus.

Über Exekutive und Legislative hinaus haben die Parteien durch die Wahlausschüsse auch maßgeblichen Einfluss auf die Besetzung der obersten Gerichte. Nicht nur im öffentlichen Dienst handhaben Parteien inzwischen Ämterpatronage und Parteibuchwirtschaft ohne alle Scheu. Direkt oder indirekt beeinflussen sie die Berufungspolitik an den Hochschulen ebenso wie Personalfragen bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen.

Faktisch werden alle im Staat oder im staatsnahen Raum zu besetzenden Stellen und Positionen, zum Beispiel bei Rundfunk und Fernsehen, von den Parteien und Fraktionen besetzt, die dann dafür von den Amtsinhabern durch Parteisatzungen oder Beitragsordnungen in verfassungswidriger Weise abkassiert werden.

Die Parteien haben den Staat fest im (Würge-)Griff

Amtsträger wie Wirtschaftsbürgermeister, Regierungspräsidenten, Landräte, Universitätsrektoren, Schuldirektoren, Verfassungsrichter, Amtsrichter, Geschäftsführer der Gesetzlichen Krankenkassen, Direktoren der Stadtwerke, Vorsitzende des Verwaltungsrats von Landesbanken, die Aufsichtsräte staatlicher Einrichtungen, die Intendanten des öffentlichen Fernsehens und Rundfunks, die Direktoren von Sparkassen, Krankenhausdirektoren etc. werden in aller Regel von den politischen Parteien berufen.

Das faktische Verhalten und der Einfluss der Parteien bestätigen die Beobachtung Richard von Weizsäckers aus den frühen 1980er Jahren, dass "sie sich den Staat zur Beute gemacht haben".[2]

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch bezeichnet die permanente Krise der konsolidierten repräsentativen Demokratien als "Postdemokratie". Genauer gesagt behauptet er, dass die bestehenden Demokratien auf einen idealtypischen Zustand zusteuern, den er Postdemokratie nennt. Das ist ein Zustand, in dem Vertrauensverlust, fehlender Glaube an Veränderung und politische Apathie das Bild der Bevölkerung prägen.

Das Wundersame daran ist, dass die institutionellen Grundgerüste der Demokratie - wie freie Wahlen, Parteienwettbewerb, Gewaltenteilung - formal weiterhin funktionieren. Sie haben jedoch jegliche Legitimation verloren, weiterhin die Grundlage der Demokratie darzustellen. Wahlen und demokratische Vorgänge dienen nur noch als Deckmantel, um das Regieren einer kleinen privilegierten Machtelite zu legitimieren.

Dabei sind die demokratischen Institutionen und Verfahren formal, aber auch nur formal, völlig intakt - es gibt einen Wettbewerb der politischen Parteien, regelmäßig werden Wahlen abgehalten und formal funktioniert auch noch die Gewaltenteilung. Aber wahre Demokratie erschöpft sich nicht in Formalismen.

Eine formale Demokratie ohne Substanz ist inhaltslos. Und de facto sind die Institutionen der entwickelten Demokratien entkernt, weil die Bürger nicht länger am politischen Geschehen teilnehmen. Sie sind teilnahmslos geworden. Das liegt nicht an den Bürgern, sondern an der Substanzlosigkeit der politischen Willensbildungsprozesse.

Da die westlichen Demokratien jedoch auf bürgerschaftlichem Engagement und damit auf Legitimation basieren, reißt dort eine Legitimationslücke auf, die das politische System durch Output - Gesetze, Entscheidungen, Verordnungen und sonstige Regelungen - notdürftig füllt.

In der Postdemokratie spielen die Wähler keine Rolle mehr

Die Postdemokratie ist also ein Regierungssystem, in dem die formalen demokratischen Institutionen de facto von privilegierten Wirtschaftseliten kontrolliert werden und nicht mehr von den Bürgern. Galt früher eine Demokratie durch ihren Input, die Partizipation ihrer Bürger, als legitim, so rechtfertigt sie sich in postdemokratischen Zeiten vornehmlich durch ihren Output.

Die Wähler spielen, wenn überhaupt, nur noch eine untergeordnete Rolle und sind für die Entscheidungsfindung nicht mehr wichtig. Das System der politischen Willensbildung löst sich vom einstigen Souverän der Demokratie ab und funktioniert ohne ihn weiter.

Man kann das im Wortsinn beschreiben. Die *Herrschaft* - griechisch: κρατία - trennt sich vom Souverän, dem *Volk* - griechisch: δῆμος - und macht alleine weiter. Doch eine Volksherrschaft, in der das Volk nicht vorkommt, ist nur noch Herrschaft, keine Volksherrschaft, keine Demokratie. Am Ende also pure Herrschaft ohne demokratische Basis.

Doch es ist an den Haaren herbeigezogen, zwischen formalem Funktionieren und materiellem Nichtfunktionieren zu unterscheiden. Ein demokratisches System lässt sich auf reine Formalismen nicht reduzieren. Wenn es in der Substanz entleert ist, dann funktioniert es auch formal nicht. Dann funktioniert es überhaupt nicht. Der Apparat rattert bloß richtungslos, aber keinesfalls geräuschlos, vor sich hin.

Eine lebendige Demokratie kann nicht ohne den konstruktiven Dialog zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Politikern und Bürgern auskommen. Und erst in einem solchen Dialog entfaltet sich gelebte Demokratie. Formale Demokratie ist keine Demokratie. Noch nicht einmal eine leere Hülse. Sie ist überhaupt keine Demokratie.

Nur noch geschmierte Räderwerke im Leerlauf

In den entwickelten repräsentativen Demokratien funktionieren auch die institutionellen Grundgerüste schon lange nicht mehr. Wenigstens nicht mehr auf demokratische Weise. Auch nicht formal. Es sieht wohlgeschmierte Räderwerke, die ineinander greifen und wie ein Uhrwerk ablaufen. Sie sind völlig pervertiert und zu Instrumenten des Machterhalts und der Versorgung der herrschenden Machteliten verkommen.

Wahlkämpfe sind nur noch von PR-Experten inszenierte Schauspiele, die einige politische Themen für die Bevölkerung theatralisch in Szene setzen und ihr dabei vorgaukeln, sie hätte etwas zu entscheiden und etwas auszuwählen. Sie hat aber nichts auszuwählen; denn die Themen haben sich die Parteiführer und ihre PR-Agenten schon vorher herausgepickt, und zwar nicht nach dem Gesichtspunkt, welche Themen der Bevölkerung unter den Nägeln brennen. Ganz im Gegenteil, solche Themen werden absichtlich ausgeblendet.

Ausgewählt werden Themen, mit denen man Wahlen zu gewinnen hofft. In Wahrheit darf die Bevölkerung nur herunterschlucken, was die Parteizentralen ihr vorgekaut haben. Die Bevölkerung ist zum Wiederkäuer der Parteien degradiert worden.

Die Bürger spielen dabei nur noch eine passive oder gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des Wahlspiels findet der tatsächliche politische Prozess statt und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten.

An die Stelle einer durch Wahlen vermittelten Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen sind intransparente Verhandlungen getreten, und der demokratische Prozess dient einzig der Erzeugung von Massenloyalität.

Wahlen ohne Sinn und Substanz

Nach Crouch ist eine Postdemokratie "ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden ..., in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben".[3]

Die Einbeziehung der Bevölkerung in Wahlen dient nur dazu, die Loyalität der Massen zu erhalten, da so der demokratische Schein bestehen bleibt. Denn in dem auf die Wahlen folgenden politischen Prozess hat man es mit einer Interaktion der gewählten Regierung und den "Akteuren aus der Wirtschaft" zu tun. Die eigentlich vorausgesetzte Interaktion zwischen den gewählten Repräsentanten im Parlament und der Bevölkerung fehlt. Crouch postuliert[4]:

> Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn - mehr oder minder unbemerkt - zu einem Selbstbedienungsladen machen. In der Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens.

Durch den Begriff Postdemokratie kann man nach Crouch[5] besser

> Situationen beschreiben, in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen Repräsentanten mächtiger Interessengruppen ... weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger ...; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen "von oben" dazu überreden muss, überhaupt zu Wahl zu gehen.

Mit anderen Worten: Die entwickelte repräsentative Demokratie ist nichts als "eine Scheindemokratie im institutionellen Gehäuse einer vollwertigen Demokratie".[6] Alle Institutionen sind leere Hülsen ohne Inhalt und ohne Substanz. Die Parlamente haben nichts mehr zu entscheiden, was nicht an anderer Stelle und vor ihnen längst entschieden wurde. Die Wahlkämpfe sind zu großangelegten Schaukämpfen verkommen, in denen außer Schaumschlägerei nichts passiert.

Selbst Parteitage - einst zentrale Orte der politischen Willensbildung und Foren der Auseinandersetzung um wichtige gesellschaftliche Zukunftsfragen - sind nichtssagende Veranstaltungen geworden, die überwiegend unter medialen Wirkungsaspekten durchkomponiert werden und auf denen vor allem für das Fernsehen paradiert wird. Und der Parteivorsitzende muss immer eine "kämpferische Rede" halten, die überzeugend begründet, warum es nur eine einzige Partei existiert, die alle Probleme der Politik zu lösen vermag, und warum er der nächste Kanzlerkandidat werden muss.

Parteitage wie einst bei den Kommunisten

Der Politikwissenschaftler Arnulf Baring hat für Parteitage nur noch blanke Verachtung übrig. Sie sind nach seinen Worten[2] "streng hierarchisch von oben nach unten durchorganisiert… Es gelingt kaum einem Kritiker, als Delegierter zu einem Parteitag entsandt zu werden." Parteitage sind für ihn gar "Veranstaltungen, wie wir sie aus ehemals kommunistischen Ländern kennen".

Auch Bürger, die sich nicht viel mit Politik befassen, haben den Zirkuscharakter des öffentlichen Auftretens von Politikern und politischen Parteien längst durchschaut und reagieren mit Verachtung, Desinteresse und Apathie. Man kann ihnen das nicht verübeln. Denn statt Personen und Institutionen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, bekommen sie die rhetorischen Kunststückchen von Zirkusgäulen vorgeführt. Das langweilt. Es ist doch nur konsequent, wenn sie aufhören, sich überhaupt für Politik zu interessieren und immer seltener wählen gehen.

Der Teil 9[3] unserer demokratiekritischen Artikelreihe schaut einmal genauer hin, womit Abgeordnete in den Parlamenten so ihre Zeit verbringen: Mit dem Parlamentarismus eng verknüpft war ja stets die naive Vorstellung, dass so etwas wie eine Regierung durch kultivierte Debatte möglich sei, dass also die Vernunft von Entscheidungen wie einst Phoenix aus der Asche aus Diskussionen emporsteigen könne - so wie das aus den geistreichen Debatten im antiken Athen und Rom möglich schien. Doch selbst in der Frühzeit des Parlamentarismus war das eine reine Utopie. Doch in den hoch ritualisierten Debatten moderner Parlamente ist von vornherein jede Hoffnung darauf begraben, dass aus dem primitiven und dennoch zahnlosen Parteiengebrüll auch nur Rudimente von Vernunft hervorgehen könnten.

kosch.htm

Anhang

Fußnoten

1) Die juristische Begründung dafür hat Gerhard Leibholz als Richter des Bundesverfassungsgerichts geliefert. Im politischen System mit parteilicher Herrschaft sind die Parteien nach Leibholz Mittler zwischen dem Volk und dem Staat. Die Rechtsprechung behandelt die Parteien, als seien sie das Volk selbst - eine überaus fragwürdige Identifizierung, die allerdings der Realität entspricht. Der Parteienstaat ist die typische Verfallserscheinung der Demokratie.

2) Weizsäcker, Richard von (1982): Krise und Chance der Parteiendemokratie. Stuttgart; Weizsäcker, Richard von (1982): Krise und Chance der Parteiendemokratie. Stuttgart; abgedruckt in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.42 (1982), S. 3

3) Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Bonn, S. 10

4) Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Bonn, S. 29 f

5) Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Bonn, S. 30

6) Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (2010): Politische Führung in der "Postdemokratie". In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2-3/2010, S. 9-15

Links

[1] http://www.heise.de/tp/artikel/40/40687/

[1] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Plenarsaal2012.JPG

[2] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

[2] http://www.cicero.de/berliner-republik/merkel-hat-bodenhaftung-und-kompass-verloren/47847

Artikel URL: http://www.heise.de/tp/artikel/40/40738/
Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag